

**Landtag
aktuell**

Kiel, 22.03.2001

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

Rolf Fischer zu TOP 15:

Ostseeparlamentarierkonferenz

Nach der Parlamentarierkonferenz in Malmö gab es einmütig die Kritik, dass der deutsche Außenminister Fischer dort hätte anwesend sein sollen. Es scheint, dass der vorliegende Antrag, Herr Behm, eine späte Reaktion auf dieses Ereignis ist. Das ist uns allerdings zu rückwärts gewandt; wir sind in einer europapolitischen Situation, die den Blick nach vorn und nicht zurück richten soll. Dazu werde ich gleich etwas sagen.

Aber es gibt für uns auch formale Gründe diesem Antrag nicht zuzustimmen:

Wir können als Parlament nicht über die Rednerliste einer solchen Konferenz entscheiden; das tut die Konferenz selbst und zwar in den Planungen des standing committee.

Und so interessant es ist, diesen Bericht des Außenministers zu bekommen und zu hören, was die Bundesregierung in Zukunft in der Ostseekooperation plant, so gehört das doch zuerst in den Bundestag und nicht auf eine internationale Parlamentarierkonferenz.

Wenn wir den europapolitischen Blick nach vorn richten, dann erkennen wir eine politische Entwicklung, die zu nutzen für uns viel wichtiger ist. Ab Juni 2001 wird Russland

den Vorsitz im Ostseerat innehaben, und ich sage, dieser Wechsel in der Präsidentschaft bietet eine historische Chance:

Ostseerat und Ostseeparlamentarierkonferenz sind die einzigen Institutionen, in denen EU-Mitglieder, Noch-Nicht-Mitglieder und Nicht-Mitglieder an einem Tisch sitzen und gleichberechtigt zu Wort kommen. Darin liegt übrigens einer der großen Vorteile unserer Ostseepolitik, die in dieser Frage weit über ihre regionale Bedeutung hinausreicht. Wir in Schleswig-Holstein, die wir als Parlament und als Regierung aktiv in diesen beiden Gremien arbeiten, sollten nicht darum bitten, den deutschen Außenminister als Ex-Ostseerats-Vorsitzenden zu hören, da gibt es andere Gremien, sondern wir sollten darum bitten, den russischen Außenminister zu hören.

Denn die Menschen in der Ukraine, in Weißrussland und natürlich in Russland wollen eine gemeinsame Antwort von uns haben, wie wir mithelfen, dass die europäische Integration nicht an den Beitrittsgrenzen aufhört.

Das gilt für die EU-Erweiterung und ihre ökonomischen Konsequenzen für die neuen Mitglieder. Die neue Außengrenze darf aber keine Grenze zwischen Arm und Reich werden.

Das gilt für die Nato-Erweiterung und eine neue Sicherheitspolitik, die neue Blockgrenzen verhindern muss;

das gilt aber auch für friedliche Regelungen in kritischen Regionen.

Ich nenne Kaliningrad oder St. Peterburg.

Schon auf der vergangenen Parlamentarierkonferenz machte die russische Delegation ihrem Unmut Luft; vor wenigen Tagen beschwerten sich russische Teilnehmer auf einem EU-Forum wieder über das „Monopolrecht“ der EU für die Gestaltung Europas: Die EU wisse nicht, was sie mit Russland anfangen solle.

An dieser Frage wird sich aber die Zukunft des neuen Europa mitentscheiden, und zwar in den nächsten Jahren. Genau an dieser Stelle muss eine aktive Europapolitik ansetzen, und genau dort liegen die Chancen für unsere Ostseepolitik. Wir müssen die Politik der Nördlichen Dimension endlich aktiv umsetzen; deshalb ist es richtig, das Thema „Zivilgesellschaft“ auf die Tagesordnung der Parlamentarierkonferenz zu setzen und damit den Einstieg zu wagen.

Wir brauchen also auf der Parlamentarierkonferenz 2001 den Blick nach vorn, z.B. den Dialog mit Russland und nicht den Blick zurück.

Ich begrüße es aber außerordentlich, dass Berlin endlich die Ostseepolitik entdeckt hat. Minister Fischer hat sich vor wenigen Tagen auf einer Ostsee-Wirtschaftskonferenz klar und eindeutig für eine „Stärkung des Ostseeraums“ ausgesprochen. Dort hat er übrigens auch die drei wichtigsten Punkte der deutschen Präsidentschaft im Ostseerat genannt: Ökonomischer Fortschritt, Vernetzung der Hochschulen, Stärkung der Demokratie – drei Schwerpunkte, die wir nur unterstützen können.

Berlin liegt eben auch politisch näher an der Ostsee als Bonn, der deutsche Außenminister kann von unseren Erfahrungen nur profitieren. Darüber sollten wir mit der Landesregierung und im Europa-Ausschuss diskutieren, dafür bedarf es nicht eines solchen Antrags.

Soviel von Fischer/Rot über Fischer/Grün.